

Niederschrift
über die 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 16.02.2022

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 16:15 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:22 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr André Langeworth
Frau Tanja Orłowski
Herr Steve Kuhlmann

SPD

Frau Regine Weißenfeld Vorsitzende

Bündnis 90/ Die Grünen

Frau Jana Bohne

FDP

Herr Leo Knauf

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Herr Andreas Erdmann
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Georg Epp
Frau Melanie Hoffmann
Herr Ingo Nürnberger
Herr Oliver Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christian Arendt
Herr Jochen Hanke
Frau Tanja Pidlyy

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster
Herr Marc Korbmacher
Herr Ralf Müller
Frau Regina Puffer
Herr Matthias Rotter
Frau Daniela Wollenberg

Schriftführung

Frau Annette Jankow

Verwaltung / Sonstige:

Herr Jörg Leesemann
Herr Werner Wörmann
Frau Mareike Rüweler
Frau Nina Vogel
Frau Susan Steinborn

Stadt Bielefeld Dezernat 5
Stadt Bielefeld Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Stadt Bielefeld Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Stadt Bielefeld Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Stadt Bielefeld Jugendamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses fest.

Sie teilt mit, dass TOP 6 aufgrund der Erkrankung des Berichterstatters leider vertragen werden müsse.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt TOP 6 zu vertagen.

- einstimmig beschlossen -

Weiterhin bittet sie um Erweiterung der Tagesordnung um TOP 1.1, um Herrn Hood als Vertreter in den Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses zu entsenden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Erweiterung der Tagesordnung um TOP 1.1 Entsendung von Vertreter*innen in den Unterausschuss Jugendhilfeausschuss.

- einstimmig beschlossen -

Herr Knauf bemängelt das kurzfristige Einstellen von Anträgen zu den flexiblen Betreuungszeiten und beantragt, den TOP 11 als erste Lesung zu behandeln, da er sich nicht in der Lage gesehen habe, sich ausreichend auf die Beratung vorzubereiten.

Herr Nürnberger teilt mit, dass es sich um eine zulässige Möglichkeit der politischen Beteiligung handle und macht den zeitlichen Druck in der Angelegenheit deutlich.

Frau Weißenfeld macht den Vorschlag, in den Beratungen zu dem TOP 11 eine Sitzungsunterbrechung einzurichten, in der dann untereinander auch Besprechungen vorgenommen werden können. Herr Knauf erklärt sich damit einverstanden und zieht seinen Antrag zurück.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Einführung und Verpflichtung von neuen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses**

Frau Weißenfeld begrüßt Frau Bohne als neues Mitglied des Jugendhilfeausschusses und wünscht viel Erfolg in der gemeinsamen Arbeit im Gremium. Sie führt auf, dass auf eine Verpflichtung verzichtet werden könne, da diese bereits aufgrund der Tätigkeit von Frau Bohne als Ratsmitglied vorliege.

-.-.-

Zu Punkt 1.1

Entsendung von Mitgliedern in den Unterausschuss Jugendhilfeausschuss

Frau Weißenfeld schlägt die Entsendung von Herrn Hood in den Unterausschuss Jugendhilfeausschuss vor und das Gremium fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Entsendung von Herrn Hood in den Unterausschuss Jugendhilfeausschuss.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2022

Frau Weißenfeld fragt nach Einwänden zu der Niederschrift und Herr Müller führt an, dass zu TOP 14 auf Seite 11 der Niederschrift im 2. Absatz angegeben sei, die Sportjugend Bielefeld wolle sich noch einmal beraten. Dies sei nicht richtig, da er mitgeteilt habe, der Bielefelder Jugendring wolle sich beraten.

Herr Langeworth merkt an, dass er zu TOP 5.1 – Sitzungskalender angemerkt habe, dass die Überschneidung der Sitzungen nicht nur den Jugendhilfeausschuss und den Finanz- und Personalausschuss betreffe, sondern auch zeitgleich den Stadtentwicklungsausschuss. Das bedeute, dass sie mit beiden Ausschüssen betroffen seien. Das Protokoll sei diesbezüglich zu korrigieren.

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2022 wird unter Berücksichtigung der Änderung nach Form und Inhalt genehmigt:

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Mitteilungen

Zu Punkt 3

Zu Punkt 3.1 Fachveranstaltung Fachkräftebedarf in Kita und OGS vom 28.10.2021

Frau Weißenfeld verweist auf die vorliegende Mitteilung der Verwaltung.

Das Gremium nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Sitzungskalender 2022 - Sitzung im Mai 2022

Herr Hanke berichtet, dass sich die Verschiebung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf einen Dienstag, den 10.05.2022 darauf begründe, dass Donnerstag, der 26.05.2022 ein Feiertag sei und der Sitzungskalender daher zwangsläufig in diesem Monat sehr zusammengeschieben werden musste. Es handele sich somit nicht um ein Versehen, sondern um ein leider erforderliches Vorgehen.

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass der Entwurf des Sitzungsplanes vom Büro des Rates rechtzeitig an die Fraktionen gesandt worden sei, um Möglichkeit der Einflussnahme zu geben. Letztendlich sei der Sitzungskalender so abgestimmt worden. Ggf. müsse über die Geschäftsführungen der Fraktionen noch einmal Kontakt mit dem Büro des Rates aufgenommen werden.

Zu Punkt 3.3 Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.12.2021

Frau Weißenfeld verweist auf die vorliegende Mitteilung der Verwaltung.

Das Gremium nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.4 Beeinträchtigungen der Kinderbetreuung aufgrund des drohenden Sturmes

Herr Nürnberger teilt mit, dass aufgrund des angekündigten Sturmes die Schulen in NRW am nächsten Tag geschlossen blieben. Für die Kindertagesbetreuungseinrichtungen seien die Eltern aufgefordert worden, zu prüfen, ob die Kinder selbst betreut werden könnten. In jedem Fall gebe

es aber ein Betreuungsangebot..

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Spielplatz an der Turnerstraße/Ecke Ravensberger Straße**
Anfrage der SPD-Ratsfraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3362/2020-2025

Frau Weißenfeld verweist auf die vorliegende Antwort der Verwaltung.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2 **Landesgeförderte Brückenprojekte in Bielefeld | Anfrage der**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3405/2020-2025

Frau Weißenfeld verweist auf die vorliegende Antwort der Verwaltung.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Förderung von mobilen Luftfiltern für "K2 Räume" in den Ein-**
richtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) so-
wie den Stadtteileinrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3363/2020-2025

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses begrüßen eine Förderung und Herr Nürnberger führt auf Nachfrage aus, dass es sich bei einer möglichen Finanzierung um einen Zuschuss aus dem Budget des Jugendamtes handeln werde.

Weiterhin antwortet Herr Nürnberger auf die Frage nach der Strategie der Verwaltung in Richtung mobiler oder fest verbauter Anlagen, dass man eigentlich immer den Einbau stationärer raumtechnischer Anlagen favorisiere. Man könne aber im Einzelfall auch gute Argumente für mobile Stationen finden, eben dort, wo in einem Haus mehrere Räume nicht durchgehend genutzt würden und durch mobile Geräte breitere Nutzungsmöglichkeiten entstünden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mobile Luftfilteranlagen für diejenigen OKJA- und Stadtteileinrichtungen zu finanzieren, die dem Jugendamt den Bedarf für vorhandene K2-Räume angezeigt haben.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 6

Mögliche Darstellung der Spielflächen im Geographischen Informationssystem (GIS)

Der Jugendhilfeausschuss vertagt die Beratung.

Zu Punkt 7

Aktionsplan Inklusion in Bielefeld 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2748/2020-2025

Frau Rübeler vom Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention stellt die Powerpointpräsentation zu dem Thema vor, die Anlage zu diesem Protokoll ist.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses begrüßen den Bericht und die abgebildeten Maßnahmen und Frau Rübeler beantwortet Fragen nach der Umsetzung in den städtischen Gebäuden und der Möglichkeit der Bündelung von Angeboten. Aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit kommt die Rückmeldung, dass es bereits eine Auflistung von inklusiven Angeboten gebe, die gern zur Verfügung gestellt werden könnten, was Frau Rübeler gern in Anspruch nimmt.

Zu Punkt 8

Zwischenbericht zu den neuen Stadtteilmütter-Projekten in Sennestadt, Baumheide und Jöllenbeck (Oberlohmannshof) und den etablierten Projekten in Sieker und im Ostmanturmviertel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3320/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

Projekte der Stadtteilkoordinationen Jöllenbeck, Mitte-Nord und Brackwede im Rahmen der Stadtteilkoordinationskasse im 4. Quartal 2021 und Ergebnisse der Dialogischen Gespräche 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3219/2020-2025

Frau Orłowski führt an, dass die erwähnten Maßnahmen und Projekte nicht ausreichend aufgeschlüsselt worden seien. So wolle man z.B. die Maßnahme „Tagesausflug für Frauen“ nach Köln in Frage stellen, die zum einen während der Coronazeit im November stattgefunden habe, zum anderen hinsichtlich der Summe nicht hinreichend aufgeschlüsselt scheine. Es müsse doch eine Kontrolle und bessere Steuerung der auszahlenden Beträge aus der Stadtteilkoordinationskasse erfolgen.

Frau Vogel vom Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention erläutert dazu, dass mit der Stadtteilkoordinationskasse gezielt ein unbürokratisches Instrument eingeführt worden sei, welches jedoch durch das Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention begleitet und kontrolliert würde. So spreche man Projekte und Maßnahmen mit den Stadtteilkoordinatoren ab und eine Auszahlung von Geldern erfolge nur gegen Vorlage der entsprechenden Belege.

Frau Orłowski reichen diese Maßnahmen nicht weit genug, sondern sie fordere die Überprüfung der Verwendung der Gelder durch die Politik.

Herr Nürnberger macht darauf aufmerksam, dass bei konkreten Fragen eine offizielle Anfrage in den Jugendhilfeausschuss eingebracht werden könne, die dann von der Verwaltung auch detailliert beantwortet würde.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses diskutieren die Thematik und sprechen sich dann mehrheitlich dafür aus, solche Fragestellungen nicht zu kleinteilig zu diskutieren und den Trägern auch ein gewisses Maß an Vertrauen auszusprechen. Das Gremium sehe sich nicht dafür zuständig, einzelne Maßnahmen auf die sachgemäße Verwendung zu prüfen oder die Sinnhaftigkeit zu hinterfragen, zumal diese im Fachamt abgestimmt worden seien. Man habe sich bewusst für die Stadtteilkoordination an diesem Standort entschieden und Personalkosten investiert und müsse jetzt auch Vertrauen in die Entscheidungen der Sozialarbeiter*innen vor Ort haben.

Frau Weißenfeld bedankt sich für die Diskussion und das Gremium nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 10

Aktuelle Situation in den Kindertageseinrichtungen

Herr Nürnberger berichtet zur Situation in den Kindertageseinrichtungen

über die PCR-Pooltestungen und den aktuellen Stand zu den Inzidenzen bei den verschiedenen Altersgruppen.

Frau Hoffmann ergänzt aus Sicht der Einrichtungen, dass man eng mit den Eltern im Kontakt stünde und die PCR-Pooltestungen, trotz eines immens hohen Arbeitsaufwandes, sehr begrüßt würden. Ein Problem stelle jedoch die Tatsache dar, dass vermehrt Mitarbeiter*innen aufgrund eigener Erkrankung ausfielen und man über die Einschränkung der Betreuungszeiten nachdenken müsse, um einen geregelten Betrieb aufrechterhalten zu können. Die Mitarbeiter*innen aller Träger hätten die Auswirkungen der Pandemie in den letzten 2 Jahren mit großem Einsatz und Blick auf die Bedürfnisse der Kinder aufgefangen. Auf allen Seiten, Erzieher*innen wie auch den Eltern, sei nun jedoch eine Erschöpfung aufgekommen, die auch teilweise zu Konflikten führe. Man stehe an einem Punkt, an dem es nicht mehr ginge und das System drohe zu kippen. Es müsse dringend etwas geschehen.

Zu Punkt 11

Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung

Frau Weißenfeld ruft die Beratungen zu den TOP unter 11 mit folgenden einzelnen Vorlagen auf, die gemeinsam in folgender Reihenfolge beraten wurden:

Zielgerichtete Förderung zur Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten

Antrag der CDU vom 09.11.2021
Drucksache: 2812/2020-2025

Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung im Kita-Jahr 2022/2023

Änderungsantrag des JAEB vom 16.02.2022: zur Drucksache:
3287/2020-2025

Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung im Kita-Jahr 2022/2023

Änderungsantrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom
16.02.2022 zur Drucksache: 3287/2020-2025

Eckpunkte für künftige Förderentscheidungen

Drucksache: 3089/2020-2025

Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung im Kita-Jahr 2022/2023

Drucksache: 3287/2020-2025

Herr Nürnberger erläutert einzelne Punkte der Beschlussvorlage der Verwaltung zu den Zuschüssen zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten und den Förderentscheidungen vor dem Hintergrund der vorliegenden Anträge und bittet mit Blick auf den Zeitplan um eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung.

Herr Langeworth, Herr Goertz und Herr Erdmann stellen die zur Beratung gestellten Anträge vor und erläutern die jeweiligen Intentionen.

Herr Knauf stellt fest, dass die Ziele der einzelnen Anträge gar nicht so weit auseinanderliegen würden und er sich eine Einigung durchaus vorstellen könne.

Herr Korbmacher führt aus, dass die Flexibilisierung der Betreuungszeiten gleichzeitig Eingriff in die Arbeitszeiten der Mitarbeiter*innen sowie die Einschränkung der Planungshoheit der Träger bedeute. Es werde perspektivisch immer schwieriger werden, Mitarbeiter*innen für diese Tätigkeit zu finden. Gleichzeitig bedeute das natürlich nicht, sich dieses Themas nicht anzunehmen, nur müsse man sich der Probleme bewusst sein und bestenfalls gemeinsam Lösungen finden.

Frau Hoffmann teilt mit, dass in der UnterAG Flexibilisierung eine große Bereitschaft aller Träger bestünde, durch Flexibilisierung den Elternbedarfen gerecht zu werden. Die Evaluation sei aktuell jedoch, besonders durch die Einschränkungen der Pandemie, sehr schwierig. Man müsse zudem die Finanzierung im Blick behalten, da die Erhöhung der Betreuungsstunden von den Trägern finanziell aufgefangen werden müsste. Sie begrüße die aktuelle Aufstockung, jedoch würde eine weitere Ausweitung der Betreuungszeiten und die damit verbundenen fiskalischen Auswirkungen durch die Träger nicht mehr aufgefangen werden können.

Herr Nürnberger begrüßt den Konsens zur gemeinschaftlichen Weiterentwicklung und die Bereitschaft zur heutigen Abstimmung. Er macht darauf aufmerksam, dass eine Flexibilisierung eines Angebotes auch pädagogische Auswirkungen habe, z.B., wenn Kinder nicht mehr zu gleichen Zeiten morgens betreut würden oder zu sehr unterschiedlichen Zeiten in Urlaub wären. Auch die Frage nach den Fachkräften, die in dieser Flexibilisierung arbeiten wollen, müsse gestellt werden, ebenso wie die Problematik des Fachkräftemangels in den Kindertageseinrichtungen. Die Lösung dieses Problems werde eine längerfristige Aufgabe sein. In jedem Fall gebe es in den nächsten Jahren ganz klare Grenzen für Flexibilisierungsbestrebungen, über die man mit allen Beteiligten sprechen müsse.

.-.-.

Die Sitzung wird von 17.59 Uhr bis 18.15 Uhr unterbrochen.

.-.-.

Nach der Sitzungsunterbrechung teilt Herr Goertz mit, dass sich die Beteiligten der vorliegenden Anträge zu dem Thema abstimmen konnten und die gemeinsamen Ziele in einem ergänzenden Antrag zu der Drucksache Nr. 3089/2020-2025 formuliert haben. Die jeweiligen einzelnen Anträge würden somit nicht weiterverfolgt. Herr Goertz verliest den gemeinsamen Antrag und Frau Weißenfeld lässt wie vorgetragen abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, durch folgende Anpassungen, die

Flexibilisierung des Modells mit 35-Wochenstunden-Plätzen zu erhöhen.

- a) Die unterjährige Anpassung der Flexibilisierungszeiten (Bring- und Abholzeiten) soll unter Beteiligung der Elternbeiräte in den Kitas unterjährig ermöglicht werden (z.B. einmal im Tertial).
- b) Die Verwaltung soll darauf hinwirken, dass die Träger die Flexibilisierungskorridore erhöhen, wie es einige Kitas derzeit schon ermöglichen. Über die Ergebnisse wird der Jugendhilfeausschuss zu gegebener Zeit informiert.
- c) Die Verwaltung soll bei der Planung für das Kitajahr 2023/2024 mit den Trägern weitere Flexibilisierungsverbesserungen in verschiedenen Modellen entwickeln und rechtzeitig dem Jugendhilfeausschuss vorlegen. Dabei soll insbesondere das Modell 47+ stärker sowie die Elternbedarfe berücksichtigt werden.
- d) Die Verwaltung soll prüfen, inwiefern dem Ansinnen des JAEB (Erweiterung der Flexibilisierungskorridore auf 42 Stunden) in Zukunft entsprochen werden kann.
- e) Dem Jugendhilfeausschuss wird regelmäßig Bericht über die Verhandlungen mit den Trägern in dieser Sache erstattet. Dem Jugendhilfeausschuss wird jährlich in der Sitzung vor der beschlussgebenden Sitzung berichtet.

-mit 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen-

Sodann führt Frau Weißenfeld zur **Drucksache Nr. 3089/2020-2025 - Eckpunkte für künftige Förderentscheidungen** - aus, dass die Verwaltung die Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlages zurückziehe und stellt die Vorlage mit den Ziffern 4 und 5 zur Abstimmung:

Beschluss:

4. **Konkrete Förderentscheidungen für die einzelnen Kindertageseinrichtungen sind spätestens im Februar eines jeden Jahres für das nächste Kindergartenjahr zu treffen. Zu dem Zweck melden die Träger der Kindertageseinrichtungen der Verwaltung Anfang eines jeden Jahres die Bedarfe in ihren Kindertageseinrichtungen. Dabei sind die von den Eltern z.B. in Gesprächen, Um- und Abfragen kommunizierten Bedarfe zu berücksichtigen. Sollte sich herausstellen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, um alle Bedarfe zu decken, wird in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII für den Bereich der Kindertagesbetreuung ein Lösungsvorschlag erarbeitet.**
5. **Die Regelungen und Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten, die Umsetzung der verschiedenen Fördervarianten und die Entwicklung der Bedarfe sind in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII für den Bereich der Kindertagesbetreuung regelmäßig zu thematisieren. Über sich ergebende Handlungsbedarfe ist dem Jugendhilfeausschuss zu berichten.**

-einstimmig beschlossen-

Als nächstes stellt Frau Weißenfeld die **Drucksache Nr. 3287/2020-2025 – Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung** –zur Abstimmung. Der vorher abgestimmte gemeinsame ergänzende Antrag sowie der Beschluss zur Drucksachen Nr. 3089/2020-2025 sollen bei Umsetzung der Beschlussvorlage berücksichtigt werden.

Beschluss:

1. Aus den für das Kita-Jahr 2022/2023 verfügbaren Mitteln zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten wird ein Betrag von 690.000 € eingesetzt, um Kindertageseinrichtungen zu bezuschussen, die den Eltern und Kindern mit einem 35 Wochenstunden-Platz in (mindestens) einer Gruppe einen Korridor von mindestens 40 Wochenstunden anbieten, in dem sie ihren Betreuungsbedarf von 35 Wochenstunden flexibel decken können. Die träger- und kitascharfen Zuschüsse ergeben sich aus Anlage 1, die Bestandteil dieser Beschlussvorlage ist.
2. Aus den für das Kita-Jahr 2022/2023 verfügbaren Mitteln zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten wird ein Betrag von 480.000 € eingesetzt, um Kindertageseinrichtungen zu bezuschussen, die den Eltern und Kindern mit einem 45 Wochenstunden-Platz eine Öffnungszeit von mehr als 47 Wochenstunden und eine Öffnung auch am Freitagnachmittag anbieten, in der sie ihren Betreuungsbedarf von 45 Wochenstunden flexibel decken können. Die träger- und kitascharfen Zuschüsse ergeben sich aus Anlage 2, die Bestandteil dieser Beschlussvorlage ist.
3. Aus den für das Kita-Jahr 2022/2023 verfügbaren Mitteln zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten wird ein Betrag von 814.364,43 € eingesetzt, um Kindertageseinrichtungen zu bezuschussen, die an weniger als 15 Öffnungstagen im Kindergartenjahr schließen. Die träger- und kitascharfen Zuschüsse ergeben sich aus Anlage 3, die Bestandteil dieser Beschlussvorlage ist.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Mai 2022 über Konzepte zur Optimierung der Randstundenbetreuung zu berichten und einen Vorschlag zur Finanzierung aus kommunalen Mitteln vorzustellen.

-bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 12

Freigabe der zusätzlichen Mittel für inklusive Ferienspiele

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3288/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss erteilt die Freigabe für den Einsatz der vom Finanz- und Personalausschuss am 23.11.2021 beschlossenen zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Durchführung inklusiver Ferienspiele.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII Kinder-, Jugend- und Familienverein Modellierton e. V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3240/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Der Kinder-, Jugend- und Familienverein Modellierton e. V. wird befristet bis zum 31.12.2024 als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG) anerkannt.

Die Anerkennung bezieht sich auf:

- Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII
- Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 SGB VIII

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

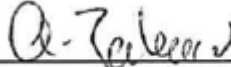
Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp stellt folgende Themen für die nächsten Sitzungen vor:

- Mögliche Darstellung der Spielflächen im Geographischen Informationssystem (GIS)
- Bericht zum Stand der Umsetzung des Corona-Aktionsplanes
- Zielgruppenspezifisches Streetwork
- Vorlage zu einer neuen Beratungsstelle des Mädchenhauses gegen sexuelle Gewalt
- Themen aus den Kindertageseinrichtungen (Pooltestungen etc.)
- Kitabedarfsplanungen
- Erweiterung der städtischen Kita Stadtmitte
- Start Interessenbekundungsverfahren Hasbachtal

Bielefeld,


Regine Weißenfeld (Vorsitzende)


Annette Jankow (Schriftführerin)